

Charité als Juwel der Wissenschaft stärken



„Die streikenden Ärzte an der Charité sind symptomatisch für den derzeitigen Zustand der Berliner Hochschulmedizin und der Senatspolitik“, so Nicolas Zimmer, Vorsitzender und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Zuerst würden Sparauflagen vom Senat definiert, dann Strukturveränderungen erzwungen und zum Schluss auch noch detailliert in Gesetzen festgeschrieben, wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen sei. Ein Senat, der so wenig Vertrauen in seine Zukunfts- und Personalentscheidungen habe und immer und überall mitreden wolle, dürfe sich in dieser kritischen Phase der Tarifverhandlungen nicht einfach achselzuckend zurückziehen. Der Kampf der Ärzte an der Charité für bessere Tarif- und Arbeitsbedingungen sei ein Signal der Leistungswilligkeit und eines für eine Zukunft mit Exzellenz der Charité und des Medizinstandortes Berlin. „Die Berliner CDU-Fraktion

unterstützt diese Aktion, weil sie exemplarisch zeigt, wie es um Wissenschaft und Forschung in Berlin unter dem rot-roten Senat im Moment bestellt ist – nämlich gar nicht gut“, sagte Zimmer. Der Senat bringe durch seine Sparvorgaben in Höhe von 98 Mio. Euro bei der Universitätsmedizin den Wissenschaftsstandort Berlin um seinen guten Ruf und um seine gute Position im nationalen und internationalen Wettbewerb. Berlin brauche aber die Charité und damit eine hervorragende Forschung und Lehre, weil dieser Bereich zu den Kernkompetenzfeldern der Stadt gehöre und Jahr für Jahr Anziehungspunkt für Tausende von Wissenschaftlern und Studenten aus dem In- und Ausland sei. Nachdem bereits die Enquete-Kommission des Berliner Abgeordnetenhauses den Bereich der Medizin und Biotech-

nologie als Zukunftsfeld definiert habe, müsse es für den Regierenden Bürgermeister Wowereit eine Selbstverständlichkeit sein, die Hochschulmedizin vehement zu unterstützen und sie zum Cheftema zu machen. Ohne Wissenschaft gebe es keine Forschung, ohne Forschung keine Innovation und ohne Innovation keine neuen Unternehmen

auszubauen und zu schaffen, anstatt die bisherigen durch bürokratische und sinnlose Regelungen durch das von SPD und Linkspartei-PDS vorgelegte Universitätsmedizinengesetz zu zerstören. Ziel müsse es sein, ein modernes und wettbewerbsfähiges Universitätsklinikum zu schaffen und nicht ein von oben gelenkter Staatsbetrieb, dem die



Ganz in weiß. Kampf der Charité-Ärzte für bessere Arbeits- und Tarifbedingungen.

und Arbeitsplätze. Zimmer forderte den Senat auf, den Streik an der Charité mit allen Beteiligten unverzüglich und einvernehmlich zu lösen und gesunde Strukturen für die Universitätsmedizin

Staatszuschüsse ohne Sinn und Verstand gekürzt werden. Das gefährdet nicht nur die Charité als exzellente Einrichtung, sondern auch die Zukunftsfähigkeit des Landes Berlin.

Berliner Handschrift im Koalitionsvertrag



Im Bundestagswahlkampf hatte die Berliner CDU über das Regierungsprogramm der

Union hinaus einen eigenen Forderungskatalog aufgelegt. Mit den „10 Punkten für Berlin zur Bundestagswahl 2005“ konnten erfolgreich Akzente gesetzt werden.

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt: „Mit dem Forderungskatalog wollten wir das Unionsprogramm konkretisieren und in einem von Bundespolitik geprägten Wahlkampf auch auf die spezielle Situation in Berlin eingehen. Diese Forderungen habe ich in einem Brief an Frau Merkel bekräftigt. Viele Punkte finden sich nun im Koalitions-

vertrag zwischen CDU, CSU und SPD wieder. Das zeigt, dass wir als Hauptstadtunion richtige und wichtige Forderungen gestellt haben.“ So war es laut Schmitt ein besonderes Anliegen, die

Ländern um 14 Euro monatlich. Zudem sollten nach Ansicht der Berliner CDU ältere Arbeitnehmer bis zum Eintritt in das Rentenalter einer Erwerbstätigkeit nachgehen können und Schwarzarbeit besser



Hartz IV-Regelsätze in Ost und West anzugleichen. Als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wird nun die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes vereinheitlicht und steigt in den neuen

bekämpft werden. Hierzu finden sich ebenfalls entsprechende Passagen im Koalitionsvertrag. In dem 10-Punkte-Papier hatte die Hauptstadtunion auch die Frage nach dem Selbstverständnis der Na-

tion zur eigenen Hauptstadt aufgeworfen und darauf hingewiesen, dass Berlin Entlastung bei der Ausfüllung der nationalen Rolle als Hauptstadt der Bundesrepublik benötige. Insbesondere im Kulturbereich bekannte sich die Große Koalition klar zur Unterstützung Berlins. Der Bund habe eine besondere Verantwortung für die Kultur in Berlin, heißt es im Koalitionsvertrag. Neben der finanziellen Kulturförderung solle vor allem die Entscheidung zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses zügig getroffen werden. Der Flughafen Berlin-Brandenburg International in Schönefeld, für den die Berliner CDU ein klares Bekenntnis gefordert hatte, wurde zu einem Projekt von „bundespolitischer Bedeutung“ erhoben.

In Kürze

Merkel:

Schnörkelfrei und klug
Durchweg freundlich bewerten die Leitartikel der Tageszeitungen die erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel. Allgemeiner Tenor: Die Bundeskanzlerin hat „ihre erste Bewährungsprobe bestanden“ (Süddeutsche); sie hat „schnörkelfrei und klug“ (Die Welt) ihre Vorhaben erklärt.

Freiheit und Solidarität

Die CDU will in den nächsten beiden Jahren eine Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm führen. „Wir stehen vor der Aufgabe, das Verhältnis von Eigenverantwortung und Zusammenhalt, von Freiheit und Solidarität neu zu vermessen“, sagte der designierte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. Dabei machte er deutlich, dass die annähernd 600.000 CDU-Mitglieder an der Diskussion breit beteiligt werden sollen.

Gefährlich:

„Geiz ist geil“

Verbraucherschutzminister Horst Seehofer sieht in der Nachfrage der Verbraucher nach möglichst billigen Lebensmitteln eine der Ursachen für den Gammelfleisch-Skandal. „Die Geiz-ist-geil-Mentalität ist gerade bei Lebensmitteln hochgefährlich“, sagte Seehofer. Qualitativ hochwertige Nahrungsmittel hätten ihren Preis. Und Preisdumping erhöhe natürlich den Druck auf die Erzeuger, Bestimmungen nicht mehr einzuhalten.

Tempelhof bleibt vorerst offen

Ein weiterer Etappensieg: Tempelhof kann ohne die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses nicht geschlossen werden. Dies hat das Bundesverkehrsministerium mit Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Rzepka klargestellt.